



Dichte Rauchwolken über dem Rheinufer. Der giftige Qualm aus den Schornsteinen der Industriewerke droht die Landschaft am Strom.  
Foto: Presseamt der Stadt Duisburg

**Abgeordnete fragen**

**Militärische Übungen**

Das in Münster stationierte 8. Britische Transportregiment im Bereich Emsdetten-Nordwalde (Kreis Steinfurt) beabsichtigt, in Zukunft verstärkte Mobilmachungsübungen durchzuführen. Die CDU-Abgeordneten Riehemann und Brömmelhaus fragen die Landesregierung, welche Kenntnisse sie über Zahl, Dauer und Größenordnung dieser geplanten Übungen habe. Wörtlich: „Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Tatsache, daß ein Teil des vorgesehenen Übungsgebietes als Wasserschutzgebiet vorgesehen ist, und daß nach der hierzu erlassenen Verordnung des Regierungspräsidenten militärische Anlagen und Übungsplätze einer Genehmigung bedürfen?“ (Drs. 1648).

**H-3-Stellen an FH**

„In welchem Verfahren werden zur Zeit und in Zukunft die H-3-Stellen an den Fachhochschulen besetzt?“ heißt es in einer Kleinen Anfrage des F.D.P.-

**Realsteuerhebesätze**

Die Verordnung über die Genehmigungspflicht der Realsteuerhebesätze der Gemeinden vom 9. Dezember 1952 veranlaßt die SPD-Abgeordneten Dr. Hereth, Simelka und Witz zu folgender Anfrage an die Landesregierung: „Ist die Landesregierung der Meinung, daß die starre Festlegung eines bestimmten Kopplungsverhältnisses zwischen den verschiedenen Steuerarten, die die Gemeinden erheben, den Grundsätzen der Gemeindefreiheit entspricht?“ Auch wollen die Fragesteller wissen, wann die Landesregierung von der Festlegung eines Kopplungsverhältnisses für die Steuerhebesätze der Gemeinden abzugehen gedenke (Drs. 1657).

Abgeordneten Heinz. Weitere Frage: „Werden die Fachhochschulen bei der Besetzung, entsprechend §§ 9 Nr. 6 und 27 FHG, beteiligt? Sind in allen Fällen die freiwerdenden Stellen, entsprechend § 26 FHG, öffentlich ausgeschrieben worden?“ (Drs. 1646).

**Hilfe für Behinderte**

Im Rahmen des Aktionsprogramms der Bundesregierung zur Förderung der Rehabilitation der Behinderten hat ein interministerieller Ausschuß einen Katalog der Bedarfsschwerpunkte zur Beseitigung baulicher und technischer Hindernisse für Behinderte in Zusammenarbeit mit den Behinderten-Organisationen. Der SPD-Abgeordnete Professor Dr. Lauber fragt die Landesregierung, ob ihr der Katalog der Bundesregierung zugegangen sei. Wörtliche Frage: „Welche Zeit benötigt die Landesregierung zur Prüfung der Maßnahmen, die gegebenenfalls für den Bereich des Landes zu treffen sind?“ (Drs. 1677).

**Zulassung zum Studium**

Auf die Sonderprüfung für die Zulassung zur Prüfung zum Studium an den Fachhochschulen für Sozialarbeit und Sozialpädagogik zielt eine Anfrage der CDU-Abgeordneten Schmitz und Elfring. „Wird die Landesregierung Sonderregelungen für den Zugang zur Fachhochschule in den Fachbereichen Sozialarbeit und Sozialpädagogik zulassen, die leistungsfähigen Berufstätigen ohne Fachhochschulreifezeugnis das Studium dieser Fachrichtungen ermöglichen?“ fragen die beiden Abgeordneten. Und weiter: „Ist eine Regelung analog der Sonderprüfung für die Zulassung zum Studium an einer Pädagogischen Hochschule für den genannten Personenkreis vorgesehen?“ (Drs. 1651).

**Kindergärtnerinnen**

Ein berufsbegleitender Lehrgang für Kindergärtnerinnen zur Ausbildung und Anerkennung als Leiterin eines Schulkindergartens wird zur Zeit in Hüttental-Weidenau durchgeführt. Nach der Prüfungsordnung sollen die Kandidatinnen nach dem Abschlußexamen und einem Anerkennungsjahr in Schulkindergärten und Vorklassen von Sonderschulen tätig sein. In einer Kleinen Anfrage der

**Umweltbelastung durch die geplante Veba-Ansiedlung**

„Die Bevölkerung in Duisburg leidet seit langem unter anderem unter einer zuträglichen SO-2-Belastung, die in der Nähe des Rheinstroms die zulässigen Grenzwerte überschritten haben dürfte“, betonen die SPD-Abgeordneten Schluckebier und Sinnecker in einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung. Die beiden Abgeordneten fragen: „Welche zusätzlichen SO-2-Belastungen für die Stadt Duisburg sind in der Rheinzone zu erwarten, wenn die Veba-Ansiedlung in Orsoy-Land erfolgen sollte?“ Und: „Ist bei der bereits bestehenden Umweltbelastung in der Rheinzone Duisburgs eine weitere Belastung zu verantworten, wenn man den Umweltschutz als Lebensschutz ernst nimmt?“ (Drs. 1647).

CDU-Abgeordneten Edith Langner heißt es: „Werden die Lehrgangsteilnehmerinnen nach dem Abschlußexamen den Sozialpädagoginnen im Schuldienst bezüglich aller Rechte und Pflichten gleichgestellt sein?“ Außerdem: „Warum wurden den Kandidatinnen von der zuständigen Behörde des Landes

Vom 11. bis 17. Mai sind im Landtag eingegangen: 51 Drucksachen, 6 Vorlagen und 65 Zuschriften\*).

bisher noch keine befriedigenden Auskünfte über ihre künftigen beruflichen Möglichkeiten nach Ablegung des Examen gegeben?“ (Drs. 1655).

\*) Im Archiv des Landtags einzusehen. Drucksachen (Gesetzentwürfe usw.) zum Selbstkostenpreis beim Archiv des Landtags zu beziehen. Wortlaut der beschlossenen Gesetze vor Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NW ebenfalls beim Archiv des Landtags zu beziehen.